

21 Verbände und Gewerkschaften erklären:

Betreuungsgeld nicht im Sinne der Kinder

Berlin, 4. Juli 2011 „Es wäre geradezu fatal, wenn aufgrund eines Betreuungsgeldes von 150 Euro sozial schwache Familien darüber nachdenken müssten, was sie dringender benötigen: das Geld oder ein gutes Bildungs- und Förderungsangebot für ihre Kinder“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler angesichts der heutigen Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema Betreuungsgeld und kritisiert, dass eine Einführung des Betreuungsgeldes „im krassen Widerspruch zu allen bildungs- und migrationspolitischen Zielen, die die Bundesregierung zu haben vorgibt“, steht.

Ein Betreuungsgeld würden diejenigen Eltern erhalten, die ihr Kind ab dem Jahr 2013 nicht in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreuen lassen, sondern dies selber wahrnehmen. „Wenn wirklich alle Kinder die gleichen Chancen auf ein gut gefördertes Aufwachsen haben sollen, müssen diese ideologischen Debatten über ein Betreuungsgeld aufhören“, fordert der Präsident des Kinderschutzbundes Heinz Hilgers und erklärt weiter: „Die heutige Anhörung hat gezeigt, dass das Betreuungsgeld nicht im Sinne der Kinder ist“.

„Wir brauchen jeden Euro, um den Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertagesstätten zu stemmen“, erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie (ZFF). Der zweite Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes zeigt auf, dass die Ausbaudynamik bis zum Sommer 2013 noch erheblich gesteigert werden muss, um das politische Ziel einer durchschnittlichen Betreuungsquote von 35 Prozent bundesweit zu erreichen. „Würde das Geld hier eingesetzt, könnten vor allem die Kinder davon profitieren“, unterstreicht Reckmann abschließend.

Kontaktdaten:

Barbara König, Geschäftsführerin

Tel. 030 2592728-20

info@zukunftsforum-familie.de



Arbeitskreis
Frauengesundheit
in Medizin,
Psychotherapie und
Gesellschaft e.V.



Familienplanungszentrum



Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler *frauen* Büros



die lobby für kinder



Verband binationaler Familien
und Partnerschaften, iaf e.V.



 Arbeitskreis Frauengesundheit In Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.	Arbeitskreis Frauen- gesundheit		Arbeiterwohlfahrt Bundesverband
	Familienplanungszentrum Balance		Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
	Bundesarbeitsgemein- schaft kommunaler Frau- enbüros		Bundesarbeitsgemein- schaft Elterninitiativen
	Deutscher Frauenrat		Deutscher Juristinnen- bund
	Deutscher Kinderschutz- bund		Gewerkschaft Erzie- hung und Wissenschaft
	Humanistischer Verband Deutschlands		Verband binationaler Familien und Partner- schaften
	Gewerkschaft Nahrung- Genuss-Gaststätten		Netzwerk Frauen- gesundheit Berlin
	IG Metall		pro familia Bundesver- band
	Arbeitsgemeinschaft so- zialdemokratischer Frau- en		Verband alleinerziehen- der Mütter und Väter
	Gewerkschaft ver.di		Verband berufstätiger Mütter
	Zukunftsforum Familie		